

29. August 2007

SPD-Parteivorstand, Telefon (030) 25 991-0, Internet: www.spd.de

Arbeitsgruppe einigt sich

Rechtsanspruch auf Betreuung ab 1 kommt.

Die Arbeitsgruppe der Koalition zum Thema Krippenausbau hat gestern eine Einigung erzielt. Damit hat sich die SPD durchgesetzt, die seit Anfang des Jahres mit ihrem Konzept „Betreuung ab 1“ auf einen deutlichen und schnellen Ausbau beim Krippenangebot in der Bundesrepublik drängt.

Gelobt werden muss vor allem das Vorgehen von Finanzminister Peer Steinbrück, der einen großen Schritt auf die Länder zu gemacht hat und damit entscheidend zur Einigung beigetragen hat. Auf SPD-Seite waren Mitglieder der AG Peer Steinbrück, Carsten Schneider, Nicolette Kressl, Christel Humme, Doris Ahnen, Holger Ruprecht, Sigrid Keler und Andrea Ypsilanti.

Für die SPD war immer klar: Der Bund sollte sich auch an den Betriebskosten und nicht nur an den Investitionskosten beteiligen.

Beschlossen wurde:

1. Eine Verdreifachung der Krippenplätze bis 2013 auf 750 000.
2. Die Beteiligung des Bundes mit 4 Mrd. (von 12 Mrd.) bis 2013: Der Betrag schlüsselt sich auf in 2,15 Mrd. Investitionskosten, die ab 2008 über ein Sondervermögen zur Verfügung gestellt werden und Betriebskostenzuschüsse, die bereits ab 2009 über einen Festbetrag bei der Umsatzsteuerverteilung an die Länder gezahlt

werden. Ursprünglich sollten die Betriebskostenzuschüsse erst ab 2012 erfolgen. Der Vorzug ist ein richtiger Schritt von Steinbrück, um die Realisierung des Ausbaus zu verwirklichen. Ab 2014 beteiligt sich der Bund laufend mit 770 Mio Euro an der Finanzierung pro Jahr.

3. Ab 2013 wird ein Rechtsanspruch auf Krippenplätze eingeführt. Steinbrück hat seine Zahlungen an die Einführung des Anspruches gekoppelt und die Länder damit zur Zustimmung bewegt.
4. Das Thema Betreuungsgeld ist noch nicht vom Tisch. Ein Erfolg ist aber, dass es konkret ein Gesetzgebungsverfahren geben soll.
5. Die gesetzlichen Voraussetzungen werden umgehend geschaffen.

Die Vereinbarung ist ein großer Durchbruch beim Thema Kinderbetreuung und trägt mehr als deutlich sozialdemokratische Handschrift. Das haben wir unseren Experten in der Fraktion, die bereits mit Renate Schmidt für einen derartigen Durchbruch in der Kinderbetreuung gekämpft haben, dem Bundesfinanzminister und unseren Ländervertretern zu verdanken.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist der Ausbau von Bildung und

Betreuung die familienpolitische Aufgabe Nummer eins. Denn der Ausbau des Angebots an Kinderbetreuung ist ein wirkungsvoller Schlüssel zur

- Verbesserung der Bildungs- und damit Zukunftschancen unserer Kinder,
- besseren Integration von Kindern aus sozial benachteiligten Familien,
- besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- nachhaltigen Armutsvermeidung.

Ein Erfolg ist nicht nur die von der SPD durchgeboxte frühe und solide finanzielle Unterstützung des Bundes sondern auch der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, der den Familien Verlässlichkeit bietet und gegen den sich die Union bis zum Schluss gesträubt hat.